Sowjetrusslands Orientpolitik

Autor(en): **Olberg, Paul**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Neue Schweizer Rundschau**

Band (Jahr): **- (1929)**

Heft 6

PDF erstellt am: **17.05.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-759807

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Sowjetrußlands Orientpolitik

von Paul Olberg

I.

In Sowjetrußlands aktiver Orientpolitik sind, in großen Umrissen betrachtet, zwei Hauptphasen zu unterscheiden: Die erste Phase umfaßt die Jahre 1918–1920, die zweite 1925–1927. In der Zwischenzeit war die sowjetrussische Außenpolitik fast ausschließlich nach dem Westen gerichtet. Mehrere Jahre hindurch stand also die Orientpolitik im Mittelpunkte der programmatischen Ziele des Bolschewismus. Und heute noch, wo Sowjetrußland nach der furchtbaren Niederlage in China zur Passivität im Orient verurteilt ist, glauben die russischen Machthaber und genau so die Führer der Kommunistischen Internationale (Komintern), keineswegs die Orientpolitik preisgeben zu dürfen. Ein ausgezeichneter Beweis dafür ist Moskaus aktives Vorgehen in Afghanistan.

Die russische Orientpolitik, die unter dem Banner der Weltrevolution und der Befreiung der unterdrückten kolonialen Völker betrieben wurde, ist in ganz hohem Maße von innerpolitischen Erwägungen des Diktaturregiments bestimmt worden. Nach dem Novemberumsturz 1917, der die bolschewistische Partei ans Ruder brachte, stand der neue Sowjetstaat in feindseligen Beziehungen zu sämtlichen früheren Bundesgenossen Rußlands. Anstatt des versprochenen „unverzüglichen Friedens" ist ein verschärfter Kriegszustand in Europa eingetreten. Nicht einmal der Separatfrieden mit Deutschland konnte, entgegen allen bolschewistischen Beteuerungen, von heute auf morgen hergestellt werden. Vielmehr haben sich die Verhandlungen dermaßen endlos hinausgezogen, daß man sogar die Wiederaufnahme der Kriegsoperationen befürchten mußte. Diese außenpolitische Situation war natürlich für die Sicherheit der revolutionären bolschewistischen Staatsgewalt sehr gefährlich. Ein großzügiges außenpolitisches Programm mußte nicht nur aufgestellt, sondern auch verwirklicht werden. Vom Westen war aber Sowjetrußland vollkommen isoliert. So bot, sozusagen geopolitisch, der Osten dem Bolschewismus ein umfangreiches Aktionsprogramm. Hier konnte der Bolschewismus es wagen, nach dem Gesetz des minimalen Widerstandes eine aktive Politik durchzusetzen; dazu gesellten sich Faktoren völkerpolitischer und nationaler Natur, die die Richtung der Sowjetpolitik nach dem Osten wiesen.

Rußland ist ein Nationalitätenstaat. Unter dem Zarismus wurden die kulturellen Eigenarten und Bestrebungen der sogenannten fremden Nationalitäten rücksichtslos unterdrückt. Es ist daher nur zu begreiflich, wenn diese Volksstämme das Prinzip des Selbstbestimmungsrechtes der kleinen Nationen, das von der russischen Märzrevolution 1917 proklamiert wurde, voller Begeisterung aufgenommen haben. Die provisorischen Regierungen des Fürsten Lwow und Kerenskis sind jedoch aus verschiedenen Ursachen, auf die hier nicht eingegangen werden kann, allzu langsam an die Aufgaben der autonomen Bewegung herangetreten. Sie mißbilligten die eigene Initiative, mit der die Nationalitäten auf Grund des Revolutionsrechts vorgingen. Diese Stellungnahme, über die man verschiedener Ansicht sein kann, wußte die Kommunistische Partei Rußlands geschickt in demagogischer Weise gegen die erste Revolution auszunutzen, indem sie ein außerordentlich radikales Nationalitätenprogramm verkündete. Es versprach allen Nationalitäten nicht nur Kulturautonomie auf breiter Grundlage, sondern sogar das Recht der völligen Trennung von dem russischen Reiche. Durch Entfaltung einer lebhaften all-islamitischen Propaganda suchte die Komintern einen Weg zu den Herzen der Mohammedaner zu finden. Bezeichnend in dieser Beziehung ist die Deklaration Sowjetrußlands vom November 1917, die an die werktätigen mohammedanischen Völker gerichtet wurde. Dort wurde u. a. wie folgt versichert: « Eure mohammedanischen Glaubensbekenntnisse und Gebräuche, Eure nationalen und kulturellen Einrichtungen werden für frei und unantastbar erklärt. Richtet Euer nationales Leben frei und ungehindert ein. Ihr habt das Recht darauf. Wisset, daß Eure Rechte, wie die Rechte aller Völker Rußlands, durch die ganze Kraft der Revolution und ihrer Organe, der Arbeiter-Soldaten und Bauerndeputierten, geschützt werden. »

Die Mohammedaner des ehemaligen Zarenreichs glaubten anfangs an die Aufrichtigkeit dieses schönen Appells, hauptsächlich deshalb, weil die erste Periode der russischen Revolution ihre nationalen Hoffnungen nicht erfüllt hatte. So hatte diese bolschewistische Propaganda in breiten mohammedanischen Kreisen einen gewissen Widerhall gefunden. Andererseits vermochte die regierende Kommunistische Partei Rußlands, welche offiziell die Ideen des extremen Internationalismus propagierte, in der Praxis agressive nationale Momente im Sinne des vorrevolutionären Großrußlands sich zunutze zu machen, und wir werden mit der Behauptung kaum fehlgehen, daß der sowjetrussische Bolschewismus in Aserbeidschan, Georgien und Armenien hauptsächlich des-

halb den Sieg davontragen konnte, weil breite Kreise des Offizierskorps und der Soldatenmasse den Feldzug gegen diese Länder, bzw. die «Wiedereroberung der verlorenen russischen Provinzen» als eine nationale russische Aufgabe angesehen hatten. Ihnen war die Idee der Weltrevolution vollkommen gleichgültig.

Nachstehend sollen die Grundmomente der aggressiven Politik Rußlands im Osten gestreift werden: Die Eroberung des autonomen Turkestan vollzog sich folgendermaßen: In der Nacht vom 12. zum 13. Februar 1918 provozierten die Bolschewisten einen «Überfall» auf die Festung Kokand, den Sitz der Regierung Turkestans, indem sie unter den russischen Arbeitern das Gerücht verbreiteten, die Mohammedaner hätten den Heiligen Krieg erklärt. Durch diese unverantwortliche Propaganda gelang es den Bolschewisten, Zusammenstöße zwischen den unbewaffneten Mohammedanern und der Roten Armee hervorzurufen. Die rücksichtslose Vernichtung der Stadt Kokand durch die Rote Armee und die Proklamierung der Sowjetgewalt in Turkestan waren die Folge davon.

Die Politik Sowjetrußlands in Turkestan trägt von Anbeginn an bis auf den heutigen Tag einen ausgesprochen kolonialen Charakter. Besonders bezeichnend dafür ist die Agrarpolitik. Das Land wurde der eingeborenen Bevölkerung genommen und an die bolschewistischen Beamten verteilt; sämtliche leitende Posten in den Behörden dürfen nur von Kommunisten aus Zentralrußland bekleidet werden. Diese Politik begründen die Sowjetmachthaber mit dem national-bolschewistischen Argument, daß «der einzige Träger der proletarischen Diktatur in Turkestan nur der Russe sein könne».

Im April 1920 drangen über die nördliche Grenze ohne jede Kriegserklärung russische Sowjettruppen in Aserbeidschan ein und marschierten tief ins Land. In der Nacht vom 27. bis 28. April standen die russischen Militärkräfte unmittelbar vor der Hauptstadt Baku. Gestützt auf die rotgardistischen Bajonette, richtete ein Häuflein Bakuer Bolschewisten an das demokratische Parlament das Ultimatum, die Gewalt zu übergeben. Das machtlose Parlament, das sich von bewaffneten Bolschewisten umzingelt sah, mußte sich fügen. So waren die Bolschewisten durch Waffengewalt in Aserbeidschan die Herren der Lage geworden.

Für die Motive und den Verlauf der Sowjetisierung Georgiens ist von besonderem Interesse der *vertrauliche Bericht* des Führers der georgischen Kommunisten Philipp Macharadse an den Vorstand der Kommunistischen Partei Rußlands vom 6. Dezember 1921. Macharadse be-

kleidete nach der Proklamierung der Sowjetdiktatur in Georgien den Posten des Vorsitzenden des georgischen « Revolutionskomitees ». Dieser Mann, dem von Moskau die höchste Gewalt im Lande anvertraut war, stellt in seinem Bericht ganz klar fest, daß die Aufrichtung der georgischen Sowjetrepublik nur als eine gewaltsame Eroberung zu bezeichnen ist. Macharadse berichtet, daß die Legalisierung der georgischen kommunistischen Partei, die auf Grund des georgisch-russischen Vertrages vom 8. Mai 1920 erfolgte, die Partei vollständig desorganisierte. Nach sechs bis sieben Monaten sind von ihr nur Trümmer übrig geblieben. Die Dinge lagen damals so, daß « bei Beginn des Anmarsches der roten Truppen keine Parteizelle und kein Parteimitglied in Georgien über die Absichten und Ziele der Offensive unterrichtet war und etwas von ihr wußte ».

Macharadse führt in seinem Bericht aus, « daß der Einmarsch der Roten Armee in Georgien und die Proklamierung der Sowjetgewalt den offenkundigen Charakter einer *feindlichen Eroberung* annahmen, da zu dieser Zeit niemand an die Organisation eines inneren Aufstandes dachte... »

« Im Augenblick der Proklamierung der Sowjetgewalt in Georgien war hier weder eine Parteizelle, noch auch ein einziges Parteimitglied vorhanden, die eine Regierungsgewalt hätten schaffen können. Dieses Werk nahmen nun verdächtige und direkt verbrecherische Elemente in die Hände. Das ist unsere erste Schuld; hier liegt der Urgrund des Übels. Hier ist die Quelle unseres Mißerfolges bei dem Aufbau des Sowjetregimes in Georgien. »

Durch den angeführten Bericht ist die Legende der freiwilligen Sowjetisierung Georgiens und der « Diktatur des Proletariats » in diesem Lande als endgültig erledigt zu betrachten.

Die Sowjetisierung Armeniens kennzeichnet sich besonders durch die Tatsache, daß das armenische Volk seinem Erbfeinde, der Türkei, ausgeliefert wurde. Durch die russisch-türkischen Verträge vom Februar 1920 und vom März 1921 wurde der Selbständigkeit des armenischen Staates ein Ende gemacht.

Im Einverständnis mit ihrem russischen Verbündeten überfiel die Türkei Ende September 1920 Armenien. Im November war Armenien gezwungen, die Türkei um Einstellung der Feindseligkeiten zu bitten. Während des Waffenstillstandes, als die republikanische Regierung sich bei den Friedensverhandlungen bemühte, wenigstens einen kleinen Teil des Landes vor der Okkupation zu retten, wurde Armenien durch einen

Anschlag Sowjetrußlands aufs neue erschüttert. Am 22. November 1920 drangen ohne Kriegserklärung rote Truppen in Armenien ein und besetzten die Städte Karawan-Sarai und Idshewan.

Kurz darauf, nämlich am 30. November, erschien der russische Geschäftsträger in Armenien, Legran, bei der armenischen Regierung und erklärte, daß der Vorstand der Kommunistischen Partei Rußlands den Beschluß gefaßt habe, Armenien zu sowjetisieren, und daß russische Truppen bereits vom Kreise Kasachsk her in armenisches Gebiet einmarschiert seien. Der russische Geschäftsträger machte darauf den Vorschlag, die Gewalt dem « revolutionären Komitee Armeniens », das an der Spitze der Armee marschiere, freiwillig zu übertragen. Das erschöpfte Armenien, das nicht in der Lage war, Rußland Widerstand zu leisten, fügte sich der Gewalt. Die republikanische Regierung nahm die Forderung Sowjetrußlands an. Am 2. Dezember 1920 wurde in Armenien die Rätediktatur proklamiert.

Eine ziemlich wesentliche Rolle bei der Sowjetisierung der kaukasischen Staaten spielte die Anziehungskraft der Naturschätze dieser Länder. Nicht zuletzt hat zum bolschewistischen Sieg die damalige verwickelte internationale Lage beigetragen, speziell der Umstand, daß bei der Entente ein einheitliches Programm in bezug auf Sowjetrußland fehlte. Schließlich hat der bedauerliche traditionelle Nationalitätenkampf zwischen den Hauptvölkern des Kaukasus, der eine solidarische Abwehrfront unter ihnen ausschließt, nicht wenig dem Bolschewismus die gewaltsame Sowjetisierung des Kaukasus erleichtert.

Sehr bemerkenswert ist, wie seinerzeit der bolschewistische Sachverständige für auswärtige Angelegenheiten, der politische Kommissar der kaukasischen Armee und Direktor der Aktion und Propaganda der Orientvölker, M. Pawlowitsch, in seiner Schrift *Die Fragen der National- und der Kolonialpolitik und die III. Internationale* die von uns geschilderte Politik etwa folgendermaßen begründete: Die Sowjetisierung der kaukasischen Republiken ist verursacht worden erstens durch die Angst um die Naphtaquellen von Baku und zweitens – und das ist die Hauptsache – um die großen Ziele der bolschewistischen Orientpolitik zu verwirklichen. Der Kaukasus ist nämlich *das Tor, welches von Sowjetrußland nach Asien führt;* die kaukasischen Republiken waren ein Riegel an diesem Tor. Es mußte daher gesprengt werden.

Wenn ein solches Programm eine bürgerliche Regierung aufgestellt hätte, so würden es die Bolschewisten als ein imperialistisches bezeich-

nen. Aber wenn Moskau es verwirklicht, so heißen diese Aktionen die « Befreiung der Orientvölker ».

II.

Die jüngste Phase der sowjetrussischen aktiven Orientpolitik kam hauptsächlich in der umfangreichen Intervention Rußlands in der chinesischen Revolution zum Ausdruck. Sie begann im Jahre 1925/26, als das revolutionäre Aktionsprogramm auf breiter Grundlage von den Führern des Bolschewismus ausgearbeitet wurde. Selbstverständlich haben diese Führer die chinesische Revolution nicht organisiert. Aber sie taten alles, was für sie im Bereiche der Möglichkeit lag, um Herren der Lage in China zu werden.

Der Zustand der tatsächlichen politischen Isolierung in Europa ist für Sowjetrußland auf die Dauer unhaltbar, und zwar nicht nur aus begreiflichen außerpolitischen Gründen, sondern auch aus innerpolitischen. Die Weltrevolution, welche nach Beteuerungen der regierenden Partei als ein Allheilmittel eintreten mußte, blieb aus; zugleich mußte die Einführung der sozialistischen Gesellschaftsordnung in Europa, die dem « *kommunistischen* » Rußland mit großen organisatorischen und technischen Mitteln zu Hilfe kommen sollte, von der Tagesordnung abgesetzt werden; vielmehr stabilisierte sich der Kapitalismus in allen europäischen Staaten, wenn auch mit verschiedener Geschwindigkeit; selbst Sowjetrußland mußte zu kapitalistischen Wirtschaftsformen zurückkehren und an das Auslandskapital appellieren; nicht die ersehnte soziale Befreiung, sondern verschärfte Not brachte die sowjetrussische Entwicklung. Die trostlosen Zustände, nämlich die dauernden wirtschaftlichen Krisen, die fast ausschließlich auf die verkehrte Politik der kommunistischen Staatsgewalt zurückzuführen sind, können für die Sicherheit des Diktaturregiments selbst gar nicht gleichgültig sein. Es ist bemerkenswert, daß die oppositionellen Strömungen innerhalb der kommunistischen Partei desto mehr an Einfluß gewinnen, je mehr die Lage Rußlands sich verschlechtert.

In dieser Situation war die chinesische Revolution für den Kreml als ein ausgezeichnetes Ablenkungsmanöver für die russischen Arbeitermassen besonders willkommen. Sie ist ferner als « eine historische Befreiungsaufgabe » des « kommunistischen » Rußlands den Parteien der Komintern gegenüber agitatorisch ausgenutzt worden.

In der ersten Phase der chinesischen Revolution, in den Jahren 1925/26, forderte die Taktik der kommunistischen Internationale *offiziell*

die Bildung einer « Einheitsfront » der revolutionären Kräfte Chinas, die sowohl die Arbeiter als auch die Klein- und die Großbourgeoisie einschließen sollte. Dabei stellten die Führer des Bolschewismus sich zur Aufgabe, die Leitung der revolutionären Bewegung durch die kommunistische Partei Chinas an sich zu reißen und das Schicksal der Revolution zu bestimmen. Diese Taktik verkannte jedoch die sozialen Machtverhältnisse des Landes. Denn die chinesische Bourgeoisie war unter der Führung von Kuo Min Tang oder der Partei (revolutionären) des Volkes, in sozialer Hinsicht so stark und politisch so reif, daß sie die Ziele der Bewegung selbst bestimmen konnte. Ihre Klasseninteressen lehnten die Vormundschaft der Arbeiterschaft oder schon gar der kommunistischen Partei entschieden ab. In ganz unverantwortlicher Weise überschätzte der Sowjetbolschewismus die Bedeutung der kommunistischen Partei Chinas, die im Jahre 1925 nur einige Hundert von Mitgliedern zählte. Freilich hat im Jahre 1926 ihre Mitgliederzahl bedeutend zugenommen. Aber nach ihren programmatischen Zielen und nach ihrer Taktik war sie keineswegs « kommunistisch », wie die Leitung der Komintern diesen Begriff auffaßt, wenn auch die chinesischen Kommunisten sich die russische bolschewistische Phraseologie angeeignet hatten. Der sozusagen bescheidene Charakter der chinesischen kommunistischen Partei in der ersten Periode der Revolution geht besonders klar daraus hervor, daß sie die Aktionen gegen die ausländischen Konzessionen verurteilte, um keine Unzufriedenheit bei den Ausländern zu erwecken. Und dieser Partei hat Moskau befohlen, die Revolution des Riesenreiches in radikalem Sinne zu leiten.

Immerhin konnte die Komintern aus dieser Partei Elemente rekrutieren, um die Taktik der «Vertiefung der Revolution » mit untauglichen Methoden anzuwenden. Zu derselben Zeit, als die offiziellen Losungen der « Einheitsfront » erlassen wurden, betrieben die Agenten Moskaus innerhalb der Kuo Min Tang konspirative Zersplitterungsarbeit, mit dem Ziel der Spaltung der Partei. Der linke Flügel der Partei sollte nämlich ganz und gar für den Bolschewismus gewonnen werden. Eine durchschlagende Wendung in dieser Hinsicht hat der General Tschiang Kai Schek herbeigeführt. Schon zu Lebzeiten Sun Yat Sens war dieser General militärischer Führer in Kanton. 1926 riß er die Oberleitung in der Nationalarmee an sich, und im Frühjahr 1927 errichtete er die Diktatur im Yangtse-Gebiet. Im gleichen Jahre wurde das Hauptquartier der Nationalarmee nach Nanking verlegt. In Kanton wurde um dieselbe Zeit auf Befehl Tschiang Kai Scheks die Regierung gestürzt. In

bezug auf die Arbeiterbewegung und insbesondere die chinesischen Kommunisten wurde unter Führung dieses Generals ein neuer und scharfer Kurs eingeschlagen. Im April 1927 erfolgte eine sogenannte Parteisäuberung: alle kommunistischen Elemente wurden aus der Kuo Min Tang entfernt; kurz darauf wurden zahlreiche Russen aus dem Lande ausgewiesen; der sogenannte linke Flügel der Partei, auf den sich die Kommunisten stützten, wurde fast vollkommen vernichtet, während sich der rechte Flügel hinter Tschiang Kai Schek stellte. Auch in den chinesischen Gewerkschaften wurden die kommunistischen Einflüsse aktionsunfähig gemacht. Überhaupt der ganze Umsturz in Nanking verlief unter der Parole: « Los von dem Kommunismus und von Sowjetrußland. » General Tschiang Kai Schek wurde nach dem Umsturz von der Komintern ohne weiteres als «Verräter an der Sache der Revolution » erklärt. Für die Führer der kommunistischen Internationale war es einfach psychologisch unbegreiflich, wieso Tschiang Kai Schek und die Kuo Min Tang sich nicht « ausnutzen » lassen wollten. Nach der Erklärung Bucharins, des Vorsitzenden der Komintern und des besten Theoretikers des Bolschewismus, habe der General einen Verrat den Bolschewisten gegenüber verübt, gerade um dieselbe Zeit, als sie sich für den historisch unvermeidlichen Kampf gegen ihn vorbereiteten.

Es ist interessant, hier auf die programmatische Stellung der Kuo Min Tang zum Bolschewismus hinzuweisen. Der große Vorkämpfer der chinesischen Freiheitsbewegung, Sun Yat Sen, hat am 26. Januar 1923 dem Sowjetgesandten in China, Joffe, gegenüber eine Erklärung abgegeben, « daß die kommunistische Weltordnung nach russischem Muster in China nicht eingeführt werden kann ». Ein anderer Führer der chinesischen Volksbewegung, Feng Yu Hsiang, hat im Jahre 1925 einem amerikanischen Pressevertreter gegenüber folgende Äußerung gemacht: «Wenn wir Gerechtigkeit fordern, und man antwortet uns mit Kanonenbooten, dann ist es nur natürlich, daß meine Landsleute jeden beliebigen Verbündeten willkommen heißen. Wenn man das Bolschewismus nennt, so ist das Unsinn, um dem Westen Furcht einzujagen. »

Seit 1927, nach dem Sturz der Kantonregierung durch Tschiang Kai Schek, blieb Kanton hauptsächlich der Zentralpunkt der provinzialen Angelegenheiten von Kwangtung. Dasselbe war der Fall für Hankau, wo der linke Flügel der Kuo Min Tang einen Stützpunkt aufbaute und sich in Gegensatz zur Nanking-Regierung stellte. Dieser Gegensatz, der die Spaltung innerhalb der Kuo Min Tang brachte, war aber nur vorübergehend. Nach dem Umsturz in Nanking wurde die Losung der

« revolutionären Einheitsfront » preisgegeben. Moskaus neue Direktive forderte die Organisation eines linken Blocks der Arbeiter, Bauern und Kleinbourgeoisie, der als treibender Faktor der Revolution gelten sollte. Zum Zentrum der revolutionären Bewegung wurde Hankau ausgewählt. Aber die Kommunisten in Hankau waren wie vorher für eine mäßige Politik: weder die Konfiskation des Grundbesitzes noch die Bewaffnung der Arbeiter wollten sie durchführen. An dem Beispiel Hankau hat die bolschewistische revolutionäre Strategie eine neue Niederlage erfahren.

Die Folgezeit brachte erneut Beweise dafür, wie schlecht der Bolschewismus den Werdegang der Revolution vorausgesehen hat: im September 1927 haben sich der rechte und der linke Flügel der Kuo Min Tang wieder zusammengefunden; die Spaltung der Partei dauerte also nur einige Monate. Eine Folge dieses Zusammenschlusses, die besonders hervorzuheben ist, war, daß gegen die Kommunisten eine erbarmungslose Vernichtungskampagne durchgeführt wurde.

Der Mißerfolg in Hankau veranlaßte die kommunistische Internationale, eine neue politische Losung zu verkünden, die darauf hinausging, einen Block der Arbeiter, Bauern und der « städtischen Armenschicht » zu bilden. Die Kuo Min Tang wurde als eine « konterrevolutionäre » Partei erklärt, als eine «Verräterin », gegen die ein Kampf auf Leben und Tod geführt werden müsse. Als Aktionsprogramm wurden der bewaffnete Aufstand gegen die nationale Regierung und die Herstellung der Sowjetgewalt festgesetzt. Zu diesem Zweck wurde auf Befehl der Komintern eine « Säuberung innerhalb der chinesischen kommunistischen Partei vorgenommen, der, wie schon ausgeführt wurde, die radikalen Moskauer Losungen ganz fern lagen. Die Partei, welcher die Bolschewisten noch kurz vorher als der Vortruppe des internationalen revolutionären Kommunismus huldigten, wurde plötzlich als eine antiproletarische und antikommunistische gebrandmarkt, die angeblich niemals der Komintern angehört hätte. Mit dieser « Begründung » wurden alle einigermaßen vernünftigen Elemente aus der kommunistischen Partei Chinas ausgeschlossen, während die « radikale » und verschwindend geringe Minderheit der Partei dazu verleitet wurde, der nationalen Regierung der Kuo Min Tang einen offenen Kampf anzusagen. Bei dem in Frage kommenden Machtverhältnis war diese Taktik nichts anderes als ein unverantwortliches Abenteuer. Im Herbst und Winter 1927 brachen zwar einige Aufstände aus, aber sie wurden alle ohne Schwierigkeiten beigelegt und kosteten die Werktätigen nicht wenig Opfer. Besondere Erwähnung verdient der Aufstand und die Proklamierung

des Sowjetregimentes in Kanton. Die Führer des russischen Bolschewismus forderten die chinesische Sowjetgewalt in Kanton öffentlich auf, die bürgerlichen Schichten Kantons rücksichtslos zu vernichten. Dieser Ruf wirkte wie eine ungeheure Provokation. Denn von vornherein war klar, daß die Herrschaft der Sowjetgewalt in Kanton auf die Dauer unmöglich ist; sie währte auch nur 48 Stunden. Selbstverständlich hatten die Aufständischen für Moskaus Losungen schwer zu büßen. Bezeichnend dabei ist, wie wir aus einer Darstellung des «Versuchs des Kantoner Aufstandes» in der bolschewistischen Zeitschrift *Bolschewik* (Dezember 1928) erfahren, daß selbst gewerkschaftlich organisierte Arbeiter sich an der Liquidation der Sowjetgewalt in Kanton aktiv beteiligten.

Wir können die Rolle und die Ergebnisse der bolschewistischen Politik in der chinesischen revolutionären Bewegung kurz wie folgt zusammenfassen: der Bolschewismus entfaltete in China eine intensive Tätigkeit mit dem Ziel, die chinesische Volksbewegung als Instrument im Kampfe gegen England auszunutzen. Das chinesische Befreiungsprogramm von der Fremdherrschaft lag ihm im Grunde genommen ganz fern. Seine grundverkehrte Zick-Zack-Taktik, die heute die chinesische Revolution als eine sozialistische, morgen als eine bürgerliche definierte, führte mit Naturnotwendigkeit von einer Niederlage zur anderen. Diese Taktik versetzte ferner Sowjetrußland in die schiefe Lage einer Partei der revolutionären Bewegung, die zielbewußt den Gegensatz zwischen den verschiedenen Faktoren der Volksbewegung verschärfte, den Bürgerkrieg förderte und die nationale Regierung bekämpfte. Die unmittelbare Folge dieser Politik ist die vollkommene Ausschaltung des Einflusses von Sowjetrußland aus dem neuen chinesischen Staat, was zugleich als die größte Niederlage der Sowjetregierung im Orient überhaupt anzusehen ist. Eine weitere Folge der sowjetrussischen Politik ist die Vernichtung der chinesischen kommunistischen Partei und unzählige Opfer der sonstigen organisierten Arbeiterschaft des Landes. Die großen außen- und innerpolitischen Hoffnungen, welche der Sowjetstaat auf die chinesische Revolution gesetzt hat, haben mit einem vollkommenen Fiasko geendet.

Nun beginnt im Jahre 1929 die Sowjetregierung wieder den Versuch, Rußlands Lage in Europa durch besondere «Friedensverträge» zu festigen. Die Bedeutung dieser Verträge darf jedoch nicht überschätzt werden.